

Neuköllner Rundschau

kompakt

für Britz, Buckow, Gropiusstadt, Rudow und Nord-Neukölln


CDU Neukölln

Senat schröpft Häuslebauer



Stefanie Vogelsang
CDU-Kreisvorsitzende und
stellv. CDU-Landesvorsitzende

Mit dem sogenannten Straßenausbaubeitragsgesetz wollte der Senat so richtig zulangen. Anwohner sollten damit kräftig an den Kosten für den Ausbau „ihrer“ Straßen beteiligt werden. Aus der Sicht sozialistischer Ideologie und Scheuklappen denken ist

das vielleicht einwandfrei, wenn man kleine Häuslebauer, die oft mit viel Mühe und noch mehr Kredit ihren Traum vom Eigenheim wahr gemacht haben, für Großgrundbesitzer hält. Dass die Anwohner ohnehin schon Grundsteuern und Anliegergebühren zahlen wird dabei schlicht und einfach ausgeblendet – schließlich will man ja etwas Geld in die Kassen bekommen. Immerhin 13 Millionen Euro drückte die Senatsfinanzverwaltung nach Verabschiedung des neuen Gesetzes flugs den Bezirken als Einnahmevergabe auf. Aber die rot-roten Ideologen im Berliner Senat wollten nicht ganz so hart erscheinen. Im Gegenzug für die Beteiligung vieler Anlieger am Ausbau ihrer Straßen sollte es eine Erleichterung beim Straßenneubau geben:

Für schon lange, mindestens 15 Jahre als Straßen genutzte Wege sollten beim regulären Neubau nun keine Erschließungsbeiträge, wie sonst üblich, mehr genommen werden dürfen. Zu Ende gedacht war dies aber offenbar nicht. Ein Anwohner in Rudow hat nun unter Berufung auf diesen in das Erschließungsgesetz aufgenommenen Passus vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) erstritten, dass er keine Erschließungsbeiträge für den Straßenneubau vor seiner Haustür zahlen muss. Und nach dem OVG-Urteil gilt dies nun auch für Hunderte anderer betroffener Berliner Grundstücksbesitzer. Die Bezirke werden also diese forsche Einnahmevergabe der Finanzverwaltung nicht erfüllen können. Allein das Tiefbauamt des Bezirkes

Neukölln wird im laufenden Haushaltsjahr auf rund zwei Millionen Euro verzichten müssen. Dilettantischer geht es ja nun wirklich nicht mehr. Man könnte sich ja eigentlich herrlich amüsieren über die Unfähigkeit des rot-roten Senates, wenn es nicht so peinlich für Berlin wäre. Vor allem aber fehlt nun noch mehr Geld für die Infrastruktur. Und das Schlimmste dabei: Das unsägliche Straßenausbaubeitragsgesetz, das mit Gerechtigkeit überhaupt gar nichts, dafür umso mehr mit ideologischer Einseitigkeit zu tun hat, ist nach wie vor in Kraft. Es bleibt dabei nur zu hoffen (und gerade auch dafür zu kämpfen), dass die derzeitige Koalition aus Dilettantismus und Ideologie im Berliner Senat nicht mehr lange Bestand hat. ■

Schulschwänzen ist keine Lapalie - Schulpflicht muss durchgesetzt werden!

Besonders in Problemkiezen wie in Nord-Neukölln ist der Anteil Schulschwänzer sehr hoch. Um das Schulschwänzen zu bekämpfen fordert die Justizsenatorin zentrale Register und einen stärkeren Datenaustausch zwischen den Behörden. Der Vorstoß scheint aber reiner Populismus zu sein. Denn der Innensenator hatte vor etwa einem Jahr angeordnet, dass die Polizei schwänzende Schüler nicht mehr von zu Hause abholen darf. Gleichzeitig redet der Senat nur noch von „schuldistanziertem Verhalten“. Dazu der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus Sascha Steuer: „Der Senat will die

Verantwortung auf die Jugendämter abschieben. Die sind aber schon jetzt kaum in der Lage auf Grund personeller Unterversorgung ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir bleiben deshalb bei der Forderung, das Herausholen von Schülern aus der Wohnung durch die Polizei als letzte Möglichkeit aufrecht zu erhalten. Es geht nicht darum jeden Schüler sofort abzuholen. Aber der Staat darf dieses letzte Mittel nicht aufgeben. Rot-Rot muss die Schulpflicht endlich konsequent durchsetzen. Dazu sind alle rechtlichen Möglichkeiten besser zu nutzen. Ferner müssen die Schulleiter bei der Durchsetzung der Schulpflicht unterstützt werden, indem sie

von den wochenlangen Formalverfahren befreit werden. Wenn Rot-Rot den Bezirken einheitliche und verbindliche Regeln zur Verfügung stellen würde, könnten auch sie ihren Beitrag zur Bekämpfung der Schulschwänzerei leisten. Um das zu erreichen ist eine Änderung des Schulgesetzes sinnvoll. Das habe ich vor einem Jahr im Abgeordnetenhaus beantragt, aber SPD und PDS haben den Antrag abgelehnt. Darüber hinaus muss die Dauer des Schwänzens verkürzt werden, wegen derer eine Schulversäumnisanzeige gestellt werden kann. Da wir die Eltern ebenfalls in der Verantwortung sehen halten wir daran fest, ihnen einen

Bußgeldbescheid zuzusenden. Die Eltern dürfen nicht aus der Verantwortung entlassen werden. In Deutschland gilt die Schulpflicht für alle!“ ■



Sascha Steuer, MdB
Bildungspolitischer Sprecher der
CDU-Fraktion Berlin,
Rudower Abgeordneter

Böhmisches Dorf wird umgebaut



Conrad Clemens
Verkehrspolitischer Sprecher der
CDU-Fraktion Neukölln

Mit Beschluss der BVV vom Herbst 2007 wurde eine Umgestaltung des Böhmisches Dorfes beschlossen. Insgesamt stehen 1,5 Millionen bereit, die erste Hälfte davon für die Jahre 2009 bis 2011. Die Anwohner sollen sich an den Planungen beteiligen und

sind aufgefordert Vorschläge einzureichen. Die Moderation der Bürgerbeteiligung hat der Leiter des Comenius-Gartens Henning Vierck übernommen. Die CDU Neukölln beteiligt sich konstruktiv an dem Prozess und begrüßt die Investitionen. CDU-Politiker wie Eberhard Diepgen, Bodo Manegold, Wolfgang Branoner und Stefanie Vogelsang stehen für ein langjähriges Engagement im Deutschen wie im Böhmisches Dorf in Rixdorf. „Neben der Attraktivität der Straßen und Plätze sowie einer überlegten Verkehrsberuhigung sind uns dabei auch die Interessen der Gewerbetreibenden wichtig“, erklärt der verkehrspolitische Sprecher der Neuköllner CDU-Fraktion, Conrad Clemens. Die Inhaber von Gewerbe hatten sich auf Bürgerver-

sammlungen wiederholt besorgt über zu deutliche Verkehrsberuhigung geäußert. Die Zählgemeinschaft von SPD, Grüne und Linke träumt jedoch von einem „autofreien“ Böhmisches Dorf. Das ist für die Gewerbetreibenden inakzeptabel. Ohne die Kutschen der Firma Schöne oder die Rixdorfer Schmiedginge der besondere Charak-

ter des Quartiers verloren, so der Rixdorfer Bezirksverordnete Clemens. Die nächste Bürgerversammlung wird im Juli im Saal der Herrnhuter Brüdergemeine stattfinden. Der genaue Termin wird noch bekannt gegeben. Informieren kann man sich auch beim Quartiersmanagement Richardplatz-Sued. ■



Bald rund um das Böhmisches Dorf?!

Olympische Spiele: Sport oder Spektakel?



Dr. Robbin Juhnke, MdB
Stadtentwicklungspolitischer
Sprecher der CDU-Fraktion Berlin,
Buckower Abgeordneter

Das Fernsehen zeigt uns hautnah Szenen eines Kampfes um das Erlöschen der Flamme. Die Fackelträger für das Olympische Feuer werden geschützt von Ordnungshütern, wie man es sonst nur bei Straßenkrawallen erlebt. Feuerlöscher werden beschlagnahmt, der Besitz führt zur Untersuchungshaft. Merkwürdige Szenen einer ver-

kehrten Welt? Doch worum geht es eigentlich: das Olympische Feuer ist ein Symbol. Es verkündet der Welt den baldigen Beginn der Olympischen Spiele. In der Antike ruhten in dieser Zeit alle kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den teilnehmenden (griechischen) Volksstämmen. Die nächsten Olympischen Sommerspiele der Neuzeit finden bekanntlich diesen Sommer in Peking statt, der Hauptstadt der Volksrepublik China. Dieses Land wird von der Kommunistischen Partei Chinas streng regiert und ist die größte Diktatur der Welt. Das Territorium Chinas vereinnahmt auch Völker, die weder ethnisch noch kulturell als chinesisch zu bezeichnen sind (Tibet oder Xinjiang, das von muslimischen Uiguren und Kasachen bewohnt wird). Die Volksrepublik China erhebt auch Anspruch auf faktisch selbständige und unabhängige

Gebiete (z. B. die marktwirtschaftlich ausgerichtete Republik China auf der Insel Taiwan). Insbesondere die Besetzung und Unterdrückung Tibets hat in diesem Zusammenhang international die größte Enttäuschung hervorgerufen. China versucht die sehr autark und spirituell ausgerichtete Kultur Tibets durch chinesische Überfremdung und religiöse Unterdrückung auszulöschen. Diese Entwicklungen gehen trotz Olympia ungebremst weiter. Darf unter diesen Umständen eines der wichtigsten Sportereignisse der Welt in einem solchen Land wie China stattfinden? Die Frage ist entschieden. Peking hat den Zuschlag erhalten und ist organisatorisch gerüstet die Spiele durchzuführen. Für die Sportler ist die Teilnahme das größte Ereignis ihres Sportlerlebens. Sie haben hart trainiert und große Opfer gebracht. Ein Boykott der

Spiele durch die Sportler wäre nicht die richtige Antwort. Die Beispiele Moskau 1980 bzw. im Gegenzug Los Angeles 1984 haben wir in ungueter Erinnerung. Ich plädiere jedoch dafür, dass man den Gastgebern in Peking durch einen Boykott der Funktionäre und Politiker bei Jubelveranstaltungen deutlich macht, dass die Olympische Idee nicht nur eine antike Schrulle ist, sondern eine Erwartung der Weltöffentlichkeit an alle Staaten, die sich als verantwortungsvolle Mitglieder der Weltgemeinschaft begreifen. Der Besuch der Spiele ist für Jeden ein herausragendes Ereignis; jedoch der Verzicht auf eine schicke Dienstreise, Kaviarhäppchen und Sektempfang nur ein kleines Opfer im Vergleich zu den Opfern, die denjenigen abverlangt werden, die ohne ihren Willen Staatsbürger des Völkergefängnisses Volksrepublik China sind! ■

Neuköllner Ehrenamtsnetzwerk

Mit dem Ziel, die ehrenamtliche Mitarbeit im Bezirk Neukölln durch die Vernetzung aller Formen sowie Träger des ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen und freiwilligen Engagements weiter voranzutreiben, wird im Mai 2008 im Rathaus Neukölln die Gründungsversammlung des ersten Netzwerkes Ehrenamt Neukölln stattfinden. Hierbei handelt es sich um einen Zusammenschluss unabhängiger Organisationen fast aller gesellschaftlichen Bereiche des Bezirkes Neukölln, die sich dem bürgerschaftlichen Engagement verbunden fühlen und bereits seit 2007 in einem losen Verbund zusammenarbeiten. Wie bedeutend die Förderung des ehrenamtlichen Engagements für die Bürgerinnen und Bürger ist, konnte bereits auf der ersten Ehrenamtsbörse, die als Pilotprojekt organisiert wurde, anschaulich dargestellt werden. Unter dem Motto „Zeit für Menschen – Zeit mit Menschen“ fand diese im Januar 2008, im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, statt. Unter der Schirmherrschaft des Bezirksstadtrats für Soziales, Wohnen und Umwelt, Michael Büge (CDU) konnten sich Bürgerinnen und Bürger an diesem Tag an weit über 30 offen gestalteten Informationsständen bei den Projekten und Vereinen direkt über die präsentierten Möglichkeiten zum „Mitmachen“ informieren. In diesem Zusammenhang machten die Veranstalter deutlich, dass ohne ehrenamtliches Engagement in den verschiedensten Bereichen des sozialen, kulturellen und kirchlichen Lebens, in den Bereichen Umwelt und Sport sowie im politischen Bereich die Lebensqualität nicht nur in den Kommunen deutlich geringer wäre. Hier will nun das zu gründende „Netzwerk Ehrenamt Neukölln“ anknüpfen und darüber hinaus verdeutlichen, dass beim frei-

willigen bürgerschaftlichen Engagement nicht nur ein positiver Effekt für das Gemeinwohl entsteht, sondern auch persönliche Neigungen und Talente des Einzelnen genutzt und weiterentwickelt werden können und damit die eigene persönliche Zufriedenheit gesteigert wird. Das zukünftige Mitglied und Bezirksstadtrat Michael Büge hierzu: „Wer mitmacht und sich einbringt der kann auch mitbestimmen und mitgestalten. Dies sind die Grundpfeiler einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft. Ich verrate dabei als Neuköllner Stadtrat ja kein Geheimnis, wenn ich sage, dass viele Tätigkeiten in den Bezirksämtern nur durch das Engagement ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufrecht erhalten werden können.“ Neben der Entwicklung gemeinsamer Projekte und zukünftig der Durchführung einer jährlichen bezirklichen Ehrenamtsbörse sollen aber auch die Förderung des fachlichen Austauschs auf bezirklicher Ebene sowie die grundsätzliche Vertretung der Interessen ehrenamtlich Tätiger im Vordergrund des Verbundes stehen. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen an der Gründungsversammlung des ersten Netzwerkes Ehrenamt Neukölln teilzunehmen. ■



Michael Büge,
Neuköllner Stadtrat für Soziales,
Wohnen und Umwelt

Leidensgeschichte Heizkraftwerk Rudow



Marion Kroll, MdB
Arbeitsmarktpolitische
Sprecherin der CDU-Fraktion Berlin,
Gropiusstadt Abgeordnete

Auch ein Jahr nach der Sprengung des alten Heizkraftwerkes in Rudow kommen die Anwohner nicht zur Ruhe. Das Bauwerk aus den sechziger Jahren konnte nach zwei gescheiterten Versuchen erst im dritten Anlauf am 03. Mai 2007 gesprengt werden; seitdem werden die Trümmer abgetragen. Die Bewohner des Blumenviertels, im Minzeweg, Flurweg und Seidelbastweg, klagen über die enormen Belastungen, die ihnen im Zuge der Arbeiten seit Monaten zugemutet werden. Die Lastkraftwagen fahren schwer beladen zwischen vierzig bis sechzig Mal täglich durch die engen Wohnstraßen mit Bauschutt. Häufig auch ohne Berücksichtigung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h. Dies führt

nicht nur zu einer Verkehrsgefährdung der Anwohner, sondern auch zu einer enormen Lärmbelastung sowie zu erheblichen Beeinträchtigungen durch Schmutz und Staub. Sorgen bereiten außerdem die möglichen Beschädigungen des Straßenbelages durch den Schwerlastverkehr. Die kleinen und engen Wohnstraßen sind für diese Belastung nicht ausgelegt und die Anwohner sorgen sich darum, ob ihnen nach Ende der Abrissarbeiten zusätzlich zu den angefallenen Schmutz- und Lärmbelastungen auch noch Kosten für die Instandsetzung der Straßen nach dem Straßenausbaubeitragsgesetz entstehen. Es stellt sich die Frage, warum die Einhaltung der Auflagen aus der Abbruchgenehmigung, insbesondere der Transport über Schienen- oder Wasserwege, nicht überwacht wird. Die gegenwärtige Situation am Minzeweg ist eine Zumutung. Ich fordere den Senat auf, aus seiner Untätigkeit aufzuwachen. Stellen Sie sich dort einmal auf die Straßen und messen den Lärm, die Geschwindigkeit und begutachten Sie den Zustand der Straßen! Stehen Sie den Anwohnern zur Seite und arbeiten Sie an einer Lösung des Problems mit! ■



40-60 LKW am Tag: Staub, Lärm und Straßenschäden

Unternehmer durch Bezirk im Stich gelassen

Wer in unserem Bezirk Neukölln ein Unternehmen betreibt, lebt irgendwie gefährlich. Denn es kann ihm passieren, mit dem Neuköllner Bezirksbürgermeister zusammen zu geraten. So geschehen im Gewerbegebiet an der Pflügerstraße Ecke Rütlistraße im Norden des Bezirkes. Apropos Rütli: das ist hier der eigentliche Auslöser der Angelegenheit. Das wichtige Neuköllner Projekt des Campus Rütli soll auf rund 50.000 qm entstehen und verschiedene Angebote auf einem Areal bündeln wie z.B. Kindertagesstätten, Freizeiteinrichtungen, Schulen oder die des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes. Zu diesem Zweck muss auch das Gewerbegebiet freigeräumt werden, damit es mit einer Mehrzweckhalle bebaut werden kann. Soweit, so gut. Jedes Unternehmen würde nun erwarten, dass die Bezirksverwaltung in einem solchen Fall die Klein- und Mittelständler

rechtzeitig von diesen Plänen unterrichten würde, denn es geht hier um nichts Geringeres als die Existenz von ca. 40 Menschen. Doch hier weit gefehlt. Ende Januar flatterte eine Räumungsaufforderung ins Haus mit dem Termin im Februar das Gelände zu räumen- trotz deren langjähriger Mietverträge. Und hier beginnt der eigentliche Skandal, denn so kann einfach nicht mit den Unternehmen umgegangen werden. Keine Informationen im Vorfeld, keine Unterstützung bei der Suche nach einem neuen Standort, keine Hilfsangebote und sogar Gesprächswünsche der Firmen werden vom Bezirksamt ignoriert. Die Folge: Unsicherheit und Wut machen sich bei den Betroffenen breit. „Die CDU-Fraktion Neukölln versucht nun in zahlreichen Gesprächen Hilfsangebote zu unterbreiten, damit ein geregelter und für die dortigen Firmen zukunftssicherer Übergang geschaffen wird“, erklärt der Fraktionsvorsitzende der

Neuköllner CDU Falko Liecke. „In der Sitzung der Neuköllner BVV im Mai wird der Vorgang mit dem Bezirksamt diskutiert und dafür Sorge getragen, dass den Unternehmen auch geholfen wird. Denn die Si-

cherung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sind uns genauso wichtig wie die Schaffung von Bildungsangeboten, die nicht einfach so gegeneinander ausgespielt werden dürfen.“ ■



Kleinbetriebe in Nord-Neukölln im Stich gelassen

Bürgersprechstunde der CDU - Hilfe vor Ort

Seit Jahrzehnten ist die Bürgersprechstunde fester Bestandteil der Arbeit der CDU vor Ort. Ob im Abgeordnetenhaus oder in der Bezirksverordnetenversammlung von Neukölln. In der Donaustrasse 100 stehen den Bürgern jeden Dienstag von 18:00 - 19:30 Uhr jeweils ein Abgeordneter und ein Bezirksverordneter Rede und Antwort. „Die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sind unterschiedlich“, so der Bezirksverordnete Felix Kulick. „Es geht um Müll auf der Strasse, Baumfällungen im Kiez, Mißstände in der Schule oder das Strassenausbaubeitragsgesetz“. Oft kommen aber auch ältere Mitbürger, die Probleme mit der Bürokratie haben. „Letztens kam eine ältere Frau (90 Jahre) aus der Rosegger Straße. Das Landeseinwohneramt schickte ihr seit mehreren Wochen Formulare zur statisti-

schen Erhebung zu, die sie aus eigener Kraft nicht mehr bewältigen konnte. Gemeinsam füllten wir die Schreiben aus; innerhalb von 20 Minuten war alles fertig und der Dame viel ein Stein von Herzen“ so Felix Kulick. Der Umbau des Böhmisches Dorfes hingegen verunsichert viele Gewerbetreibende wegen einer zu großen Verkehrsberuhigung. „Wir erklären den Leuten die Beschlüsse der BVV und weisen auf die Bürgerversammlungen hin, damit Anwohner und Gewerbetreibende besser als bisher in die Planungen eingebunden werden“, so Kulick abschliessend. Manche Probleme gehen jedoch viel tiefer. „Viele Eltern schulpflichtiger Kinder beschwerten sich über die miserablen Zustände der Schultouilletten- baulich und hygienisch“ so der Rudower Abgeordnete

Sascha Steuer, „dem wird im Bezirk und im Abgeordnetenhaus nachgegangen“. Auch die Bürgersprechstunden der anderen Neuköllner Abgeordneten finden hier statt- der Tradition von Eberhard Diepgen folgend immer nah am Bürger. „Jeder von uns Abgeordneten hat hier mindestens einmal im Monat seine Bürgersprechstunde, zusätzlich zu denen in unseren Wahlkreisbüros,“ so die Abgeordnete Gropiusstadt Marion Kroll. „Wir sind nicht nur vor den Wahlen präsent sondern immer,“ fügt Robbin Juhnke, Abgeordneter Buckow, hinzu. „Die meisten Bürger kommen spontan, hilfreich ist aber oft eine kurze Voranmeldung um sich besser auf die Anliegen vorbereiten zu können,“ gibt Friedbert Pflüger zu. Alle Termine erfahren Sie unter 687 22 99 oder im Netz unter www.cdu-neukoelln.de ■

Termine:

23.05.2008

Eröffnung Stadtautobahn A113 Teilstück Rudow-Schönefeld

21.06.2008

Radrennen Hufeisensiedlung

Bürgersprechstunde:

Jeden Dienstag ab 18:00 Uhr
Bürgerbüro Donaustrasse 100
U-Bahnhof Rathaus Neukölln (U 7)

Impressum:

V.i.S.d.P.
Sascha Steuer, MdB
CDU Bürgerbüro
Donaustrasse 100
12043 Berlin - Neukölln
Tel.: 687 22 99
www.cdu-neukoelln.de

Redaktion und Gestaltung:

Sascha Steuer, MdB
Kai Aderhold

Fotos:

CDU-Fraktion Berlin/ Neukölln
Die nächste „Neuköllner Rundschau kompakt“ erscheint im Juni 2008